

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

es ist wieder (EU-weite) „Volkszählungszeit“ und einigen von Ihnen werden schon Fragebögen und/oder Aufforderungen zur Beantwortung zugegangen sein. Es wird nicht alle von uns treffen, denn die meisten Daten sollen – z.B. unter Nutzung der Melderegister – zentral und für uns unmerkbar erhoben werden. Was mit diesen Daten geschieht, ist überaus interessant und wird einige Zeilen weiter unten aufgegriffen.

Zunächst bleibt aber festzustellen, daß diesmal das besondere Interesse der staatlichen Datenerheber unserem Immobilienbesitz gilt. Dafür findet extra eine „Gebäude- und Immobilienzählung“ statt. Zusammen mit den Antworten auf die Fragen nach der persönlichen Haushalts- und Wohnsituation können die Statistiker dann recht gut abschätzen, welches mögliche Potential für die Erhebung zusätzlicher Steuern (z.B. in Form einer Vermögensabgabe/Lastenausgleich) besteht. Man will schließlich – bitte gestatten Sie diese etwas zynischen Worte – Steuern erheben, „bis es quietscht“ und dabei die Gans so rupfen, daß sie am Leben bleibt und dabei möglichst wenig schreit . . .!

Unter dem Strich werden in diesen Tagen etwa 10 Millionen Bundesbürger aktiv Auskunft erteilen müssen, und wer sich dem verweigert oder nachweislich falsche Auskünfte erteilt, muß mit einem Zwangsgeld von bis zu 25 000 € oder Bußgeldern bis zu 5000 € rechnen. Auch das kann manches Loch in der Staatskasse wieder füllen.

Interessant ist aber auch der Verbleib der erhobenen Daten. Sie sollen nämlich in einer digitalen Infrastruktur gespeichert werden, die sich physikalisch zumindest teilweise in den USA befindet. Kritiker sehen hierin einen Verstoß gegen fundamentale Datenschutzvorschriften und raten den Verantwortlichen dringend, „die Server heim nach Deutschland zu holen“. (tb)

2 **EU beschließt KI-basierte Totalkontrolle und Zensur aller Internetinhalte**

Die inzwischen von „Young Global Fellow Leaders“ des Weltwirtschaftsforums (WEF) dominierte Brüsseler Politbürokratie hat recht lautlos eine neue Verordnung erlassen, nach der zukünftig alle sozialen Medien und Nachrichtendienstprovider die von den Nutzern eingestellten Inhalte in Echtzeit überwachen und zensieren sollen (siehe auch „Vertrauliche“ vom 24.5.2022, Tz. 5). Die dafür erforderlichen „politischen Vorgaben“ dürften in Berlin und andernorts in Form willkürlicher Zurufe aus rechtlich-politisch nicht klar zugeordneten Büros im Innenministerium oder anderen politischen Stellen erfolgen . . .

Um dieses auch technisch ambitionierte Vorhaben umzusetzen, sollen die Medien und Nachrichtendienstprovider dazu verpflichtet werden, ihre Quellcodes zu öffnen. Sie offenbaren damit zwangsweise ihr größtes Geheimnis und machen sich auch für jede Art geistigen Diebstahls leicht angreifbar. Bei der Überwachung/Zensur soll direkt auf die Endgeräte der Kunden zurückgegriffen werden, damit die als anstößig empfundenen Inhalte direkt gelöscht werden und auf die Verfasser schnell zugegriffen werden kann. „Der Staat“ würde damit nicht nur zum „Mithörer“, sondern er würde auch aktiv in den Meinungsaustausch angeblich freier Bürger eingreifen.

Denkt man an Orwells beängstigenden Roman „1984“, kann man hier nur noch feststellen „Mehr Orwell geht fast nicht“. Und auch bei dieser de facto-Abschaffung des digitalen Briefgeheimnisses oder der Kommunikationsfreiheit der Bürger dürfte das politisch besetzte deutsche Bundesverfassungsgericht abermals die Freiheitsrechte der Bürger mit Füßen treten und keine Hilfe bereitstellen. Schließlich kommt die zugrunde liegende Verordnung ja aus Brüssel und darf damit gar nicht mehr hinterfragt werden. So, wie es eine schon von der vorherigen Bundeskanzlerin Angela Merkel gegenüber Brüssel eingegangene Selbstverpflichtung nahelegt, nach der sich die Bundesregierung verpflichtete, auf deutsche Gerichte „einzuwirken“, wenn diese Gefahr laufen, sich gegen Brüsseler Vorgaben entscheiden zu wollen . . . (eh)

3 **Ukraine erlässt Konfiskationsgesetz gegen politische Gegner**

Das Regime des in den USA ausgebildeten ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj hat jüngst ein Gesetz erlassen, das es ihm erlaubt, willkürlich das Vermögen ihm unliebsamer politischer Gegner zu konfiszieren. Für eine Konfiskation reicht nach dem jüngst beschlossenen Gesetz aus, daß die entsprechende Person – auch nur mutmaßlich – nicht mit der Politik der aktuellen Regierung einverstanden ist, damit zu einem Regimegegner erklärt werden kann und infolgedessen ihr Vermögen verliert. Im Ergebnis ist dies der totale Unrechtsstaat.

Ein ähnliches Gesetz versucht die Bundesregierung (mit starker Unterstützung durch die Gewerkschaft der Polizei, wie der entsprechende Ausschuss im Bundestag offenkundig werden ließ) auch für die Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen. Dort sollen Vermögen von sanktionierten Personen „eingefroren werden können“. Wer aber sanktioniert wird, bleibt willkürlich festlegbar. (eh)

4 Geopolitische Kehrtwende der USA in Lateinamerika

US-Präsident Joe Biden hat die von seinem Vorgänger Donald Trump begonnene „Druck-Kampagne“ gegen das linkspopulistisch regierte Venezuela abrupt beendet. Offiziell soll damit die Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen Staatschef Nicolás Maduro und dem selbsternannten Übergangspräsidenten Juan Guaidó ermöglicht werden. Guaidó hatte sich Anfang 2019 mit Billigung der USA zum Interimspräsidenten erklärt und versuchte seither, Maduro aus dem Amt zu drängen.

Tatsächlich geht es den USA jetzt in erster Linie um Venezuelas noch weitgehend unerschlossene Ölvorkommen, die zu den weltweit größten zählen. Folgerichtig wurden nun die gegen die Venezuela-Aktivitäten des Ölkonzerns Chevron gerichteten Restriktionen deutlich gelockert. Angesichts der auch in den USA deutlich gestiegenen Preise für Benzin und Diesel hegt die regierende „Demokratische Partei“ nämlich größte Befürchtungen bezüglich der im Herbst anstehenden, wichtigen Zwischenwahl. Man ist deshalb für jedes Barrel Rohöl dankbar, das die US-Raffinerien schnell erreichen kann. Im Fall Venezuelas könnten dies täglich bis zu 400 000 Barrel sein.

Venezuelas noch offizieller Staatschef Maduro pflegt indessen auch weiterhin seine guten Kontakte nach Moskau. Erst Anfang März verurteilte er die gegen Russland erlassenen Sanktionsmaßnahmen auf das Schärfste und sicherte Moskau seine weitere Unterstützung zu. Venezuela gehört damit neben Kuba und Nicaragua zu den engsten russischen Verbündeten in Lateinamerika. (tb)

5 Paris möchte die Außengrenze „sichern“

Im Schatten des Ukraine-Krieges hat die Zahl illegaler Grenzübertritte in die Europäische Union hinein deutlich zugenommen. Nach Angaben der EU-Grenzschutzagentur Frontex kamen in den ersten vier Monaten dieses Jahres fast 70 % mehr Migranten in die EU – ohne die Ukraine-Flüchtlinge. Kurz vor Ablauf der französischen EU-Ratspräsidentschaft Ende Juni versucht Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in dieser durchaus leidigen Frage nun noch einmal Druck zu machen. In einem vor etwa drei Wochen vorgestellten Papier spricht sich die französische Seite nunmehr für verpflichtende Kontrollen aller das EU-Gebiet erreichenden „Flüchtlinge“ aus. Dies in extra an den Außengrenzen zu errichtenden „Camps“, die von den „Flüchtlingen“ während ihres Überprüfungsverfahrens nicht verlassen werden dürfen. Zudem soll direkt an der Außengrenze bzw. in den „Camps“ eine rechtliche Grauzone dergestalt geschaffen werden, daß sich die dort ankommenden Menschen offiziell noch nicht auf dem Territorium des jeweiligen EU-Landes befinden, was eine spätere Verteilung auf die jeweiligen EU-Staaten rechtlich sehr erleichtern würde.

Erste Kritik an diesem Vorschlag kam, wie es nicht anders zu erwarten war, von den „Flüchtlingsorganisationen“. Daß der Vorschlag kurzfristig eine Mehrheit finden könnte, ist aber ohnehin nicht zu erwarten. Noch gilt hier als bisher kleinster gemeinsamer Nenner die Forderung nach einem grundsätzlich besseren Schutz der EU-Außengrenze sowie nach einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern, um mögliche Rückführungen zu erleichtern. (tb)

6 Russlands Beinahe-Monopol

Die vor allem auf Betreiben Brüssels und Washingtons gegen Russland verhängten Sanktionsmaßnahmen gehen mit einer großen wirtschaftlichen Bandbreite einher. Nur der Kernkraftbereich im weitesten Sinne ist hiervon bisher weitestgehend ausgenommen. Man kann sich dies schlechthin nicht leisten, denn (und dies nicht zuletzt unter Ausnutzung des deutschen Ausstiegsbeschlusses) Russland hat sich hier in den letzten Jahren zu einem unverzichtbaren Anbieter gemacht. Und dies in den verschiedensten Bereichen, von der Lieferung des Rohurans bis hin zur fachgerechten Beaufsichtigung des laufenden Betriebes bestehender Anlagen. Kern des Ganzen ist der staatliche Konzern Rosatom mit seinen rund 300 Tochterfirmen und 250 000 Mitarbeitern. Er ist mehr denn je ein Flaggschiff und Symbol russischer Wirtschaftsmacht – und dies mit der obligatorischen Kreml-Treue.

In Frankreich, das immer wieder seine weitgehende energiepolitische Unabhängigkeit dank Atomstrom betont, sind heute russische Fachkräfte an der gesamten nuklearen Wertschöpfungskette eng beteiligt. Erst Ende letzten Jahres schloß Rosatom ein Kooperationsabkommen mit dem französischen Atomkonzern Framatome, das in einer 20%-Beteiligung münden sollte. An der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague stapeln sich inzwischen mehr als 30 000 Tonnen radioaktives Material, das derzeit nur in einer sibirischen Anlage von Rosatom nachbehandelt werden kann. Und seit im Jahr 2001 die letzte französische Uranmine in der Bretagne geschlossen wurde, bezieht Frankreich sein Uran aus Niger, Australien, Kanada und vor allem Kasachstan, das wiederum seine Exportgeschäfte stets über Rosatom abwickelt.

Russische Ingenieure steuern Kernkraftwerke nicht nur in Frankreich, sondern insbesondere auch in der Tschechischen Republik, Bulgarien, Ungarn, der Slowakei und Finnland. Viele der dortigen Anlagen sind russischer Bauart und wurden im Regelfall „ohne Bedienungsanleitung“ geliefert, damit die russische Expertise auch beim späteren Betrieb benötigt – und bezahlt – wird. In ähnlichen Abhängigkeiten befinden sich auch Länder wie die Türkei, Saudi-Arabien, der Iran und China, von Ägypten, Bangladesch oder Indien ganz zu schweigen. Und Rosatom liefert auch in die USA. Aus wohl gutem Grund hat Washington bis jetzt noch keine Russland-Sanktion für den Kernkraft-Bereich gefordert . . . (tb)

7 Israel möchte zum Erdgaslieferanten werden

Israel möchte seine Erdgasförderung vor der Küste des Landes (wo erhebliche Vorkommen bestätigt sind) deutlich hochfahren und damit eine teilweise Versorgungsalternative zu russischem Gas bieten. Aktuell strebt Jerusalem dafür eine Verdoppelung der Jahresproduktion auf bis zu 40 Mrd. Kubikmeter an (zum Vergleich: allein durch die Ostseeleitung North Stream 1 flossen im Jahr 2021 rund 60 Mrd. Kubikmeter). Die kurzfristige Fördermengenerhöhung soll durch einen beschleunigten Ausbau laufender Projekte und die zügige Erschließung weiterer Gasfelder erreicht werden. Israelische Gasexperten gehen davon aus, daß bereits in diesem Sommer ein erstes Rahmenabkommen für den Gasbezug angeboten werden kann.

Es bleibt abzuwarten, ob es hinsichtlich der Vertragslaufzeiten zu einer Einigung kommen wird. Denn bereits bei den ersten Verhandlungen mit dem Scheichtum Katar zeigte sich, daß die deutsche Seite nur sehr kurze Vertragslaufzeiten anstrebt (man sieht im Erdgas schließlich nur noch eine „Brückentechnologie“), während die Lieferanten wegen der Investitionserfordernisse eher Mindestlaufzeiten von bis zu 20 Jahren fordern. (tb)

8 Deutschland aktive Kriegspartei in der Ukraine

Auch im Fall der Ukraine waren es wieder einmal ausgerechnet die sich pazifistisch gebenden Grünen, die sich nach Auffassung mancher Rechtsexperten völkerrechtswidrig und gegen die deutsche Verfassung verstoßend grundlos vordrängelten, um „mit Hurra“ in einen Krieg einzusteigen. Seinerzeit war es der Madeleine Albright-Vertraute Joschka Fischer, der deutsche Soldaten gegen sämtliche internationale Friedensgarantien verstoßend in den Jugoslawien-Krieg führte und nun ist es die „Young Global Fellow Leaderin“ Annalena Baerbock, die zusammen mit ihrem Parteifreund und „Young Global Fellow“-Kollegen Robert Habeck Deutschland eine aktive Rolle im Ukraine-Krieg maßgeblich mit zuteilte.

Von den „großen“ Medien wohl wissentlich verschwiegen, liefert Deutschland nicht nur Waffen in die Ukraine, sondern es stellt auch Soldaten, die in der Regel als „freiwillige Ehemalige“ bezeichnet werden. Ob diese nun formal entsendet wurden oder ob sie tatsächlich als freiwillige Söldner in der Ukraine kämpfen, kann dahingestellt bleiben. Im Ergebnis ist Deutschland damit sowohl mit Waffen als auch aktiv mit Soldaten zu einer Kriegspartei geworden und befindet sich damit streng gesehen in einem Krieg gegen Russland. Denn während der wissenschaftliche Dienst des Bundestages schon die Lieferung schwerer Waffen und die Ausbildung der Soldaten in Deutschland als aktive Beteiligung der Bundesrepublik im Krieg gegen Russland einstufte, zeigen jetzt von russischen Kräften angeblich erbeutete militärische Gerätschaften und Ausweise, daß Deutschland in diesem Krieg längst eine aktive Rolle eingenommen hat. Und dies, obwohl die Bundesrepublik 1949 der Welt zusicherte, sich an keinem Krieg mehr außerhalb seiner Grenzen zu beteiligen.

Dazu kommt Deutschlands aktive Rolle bei der Sanktionierung bzw. der Führung eines Wirtschaftskrieges gegen Russland, Russen oder auch „nur“ Russland nahestehende Personen. Ohne an dieser Stelle Fragen persönlicher Schuld klären zu können, darf doch der grundsätzliche Hinweis erlaubt sein, daß völkerrechtlich auch ein reiner „Wirtschaftskrieg“ wie eine militärische Auseinandersetzung einzustufen ist. Es stimmt deshalb nachdenklich, wenn der „Young Global Fellow Leader“ Robert Habeck kürzlich bestätigte, daß die Sanktionen natürlich auch dem deutschen Volk Schaden zufügen werden und man sich deshalb auf spürbaren Wohlstandsverlust einzustellen habe. Mehr und mehr stellt sich somit die Frage, wem die deutsche Regierung wirklich dient? (eh)

9 Zum Schaden der deutschen Automobilindustrie

Seit Jahren müssen wir eine regelrechte Sabotagepolitik gegen den deutschen Automobilbau beobachten. Offenbar wird dieser Industriezweig als Hauptgrund für die deutschen Exportüberschüsse angesehen. Die „Sabotage“ fing mit der aus den USA angestoßenen „Diesel-Affäre“ an, mündete in die zeitweise Zwangsverwaltung des größten Automobilkonzerns der Welt, VW, durch amerikanische Kommissare und zog sich bis zu einer Zwangsreduzierung des Angebots hochqualitativer Autos über absurde EU-Regeln hin. Und auch die immer wieder aufkommenden Initiativen zur strikten Tempobegrenzung auf deutschen Autobahnen sind vor diesem Hintergrund zu sehen. Bei gedrosselten Endgeschwindigkeiten wird die Weiterentwicklung der Brems-, Fahrwerks- und mancher Sicherheitstechnologien zweitrangig, wie es manche Mitbewerber aus den USA oder auch Europa nach Expertenfassung durchaus zeigen.

Um die deutschen Automobilhersteller endgültig von der technologischen Weltspitze zu verdrängen, haben die traditionell US-nahen Grünen mit Hilfe der EU-Bürokraten nun zum Generalangriff auf die grundsätzliche Tempofreiheit auf deutschen Autobahnen geblasen. Dazu werden immer neue, oft fadenscheinige und meistens absurde „Begründungen“ bemüht. Zuerst war es eine angebliche Klimabegründung, die aber spätestens im internationalen Vergleich schnell in sich zusammengefallen war. Nun soll es der Krieg in der Ukraine sein, in den uns nicht zuletzt die grüne Außenministerin Annalena Baerbock geradezu „mit Hurra“ führte. Daß es nun auch der Kriegsgegner sein könnte, der die für unsere Wirtschaft noch lebenswichtige Versorgung mit Öl und Gas einschränken könnte, scheint den weitgehend sachfremden, meist grün geprägten Funktionären bis dahin noch gar nicht aufgefallen zu sein – oder es wird billigend wie eine Art „Sabotageakt gegen die deutsche Wirtschaft“ hingenommen.

Die Sargnägel für die deutsche Automobilindustrie sind mithin geformt. Es geht damit einer Branche willentlich an den Kragen, die unter Einbeziehung aller direkt oder indirekt abhängigen Gewerke zeitweise für jeden siebten Arbeitsplatz in Deutschland (und auch das entsprechende Aufkommen an Steuern und Sozialabgaben) entstand. Im Endergebnis ist damit das gesamte „europäische Experiment“ gefährdet, das zu einem großen Teil von den „Tributen“ der deutschen Steuerzahler lebt und das ohne den dauerhaften Transfer aus Deutschland den übrigen Beteiligten eher unvorteilhaft scheint.

Damit wird zunehmend der Weg frei für den vom Gründer und Mentor des Weltwirtschaftsforums (WEF), dem Deutschen Klaus Schwab, angestrebten „Great Reset“, in dessen Endstufe die Menschen „nichts mehr besitzen und darüber glücklich sein“ sollen. In der deutschen Politik wird diese Denkrichtung vor allem durch Mitglieder bzw. „Absolventen“ des vom WEF aufgelegten „Young Global Fellow Leader“-Programms vertreten. Zu ihnen zählen u.a. Ursula von der Leyen, Friedrich Merz, Olaf Scholz, Annalena Baerbock und Robert Habeck. (eh)

10 Zweithöchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik

Bei geplanten Ausgaben von annähernd 500 Mrd. € plant die Ampelregierung mit Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) für dieses Jahr eine Neuverschuldung (um annähernd diesen Betrag werden also die Schulden des Bundes steigen) von fast 140 Mrd. €. Lindner bleibt damit unter der „Rekordneuverschuldung“ des Jahres 2021 (215 Mrd. € – war noch vom heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz als damaliger Finanzminister zu verantworten). Ihm hilft dabei eine Art Rechenrick, indem die ebenfalls beschlossene 100 Mrd. €-Aufrüstung der Bundeswehr nicht über den laufenden Haushalt, sondern über einen „Sonderfonds“ finanziert wird. Für die Steuerzahler ändert sich dadurch nichts: Schulden sind Schulden und müssen eines Tages von den Bürgern dieses Landes – und eben nicht den Politikern – zurückgezahlt werden. Noch verspricht Lindner vollmundig, daß ab dem Jahr 2023 wieder die im Vertrag von Maastricht für die Neuverschuldung vereinbarte Schuldengrenze eingehalten werden soll, was eine drastische Verringerung der Neuverschuldung erfordern würde . . . (tb)

11 Großbanken sehen Wirtschaft einbrechen

Die von manchen Beobachtern als Sabotagepolitik bezeichneten „Great Reset“-Vorstellungen der im Davoser „Oligarchenclub“ des Deutschen Klaus Schwab (gemeint ist das Weltwirtschaftsforum WEF) versammelten „Elite“ scheinen jetzt traurige Realität zu werden. Geht es um die grundsätzlichen Befürworter in Deutschland, sind Namen wie Ursula von der Leyen, Friedrich Merz, Christian Lindner, Annalena Baerbock, Olaf Scholz und die vieler weiterer Zöglinge aus dem „Young Leaders Fellowship Programm“ des WEF zu nennen. Bereits länger wirkende Corona-Restriktionen sowie die verschärften Sanktionen gegenüber Russland und bald wohl auch gegenüber China haben die internationalen Lieferketten und damit die sensible Exportökonomie Deutschlands jedenfalls bereits schwer erschüttert. Manche Hersteller können trotz voller Auftragsbücher nicht ausreichend produzieren, weil Zulieferteile fehlen, Transportunternehmen haben nicht mehr ausreichend Fahrer und andere Betriebe leiden finanziell, weil langfristig ausgehandelte Entgelte inflationsbedingt schon jetzt nicht mehr auskömmlich sind.

Dies alles sind Umstände, die zum großen Teil geradezu mutwillig von der Politik geschaffen wurden. Dahinter muß eine Politik mit böswilligem Zerstörungswillen gegen die deutsche Industrie vermutet werden, die sich besonders gegen den in Deutschland produzierenden Mittelstand richtet, dessen meistens inhabergeführte Betriebe noch immer das Herz der deutschen Volkswirtschaft bilden. Es sind diese Betriebe, deren Inhaberfamilien und Mitarbeiter, die unseren Staat und dessen Sozialsysteme bis jetzt am Laufen halten.

Nun warnen als erste Ökonomen der Deutschen Bank davor, daß sich die Erschütterungen in der Realwirtschaft auch an den Börsen deutlich bemerkbar machen werden. Internationale Hedge-Fonds beginnen, sich von deutschen Beteiligungen wie z.B. an der Commerzbank oder der Deutschen Bank zu trennen, und Brancheninsider warnen bereits vor einem Kollaps der Finanzmärkte infolge zwangsweise steigender Zinsen. Noch sträubt sich die Europäische Zentralbank EZB zwar, den offiziellen Zinssatz anzuheben, die Bauzinsen für Privatinvestoren haben sich allerdings schon im Jahresvergleich verdoppelt.

Mehrere, der US-Zentralbank Fed nahestehende Berater diskutierten bereits öffentlich darüber, daß die Kapitalmärkte ohne permanente Manipulationen längst kollabiert wären. Unbestätigten Quellen zufolge soll die Fed unter Leitung von Jerome Powell deshalb auch mit dem Biden-Regime wegen der Sanktionen aneinandergeraten sein. Tatsächlich dürfte das „Einfrieren“ russischer Staatsbankguthaben eine sich beschleunigende Flucht auch anderer Staaten aus den Dollar- und Euro-Währungsreserven nach sich ziehen. Eben dies spürt die Fed bereits durch massiv zurückfließende US-Dollar aus fremden Ländern, die der Weltmacht USA eine seit Generationen unbekannt Inflationproblematik bescheren.

Schon jetzt zeigt sich, daß der von den Brüsseler Verantwortlichen und anderen Helfern des Davoser „Oligarchenclubs“ WEF angestrebten mutwilligen Zerstörung der traditionellen europäischen und insbesondere deutschen Wirtschaft kein durchdachtes Wiederaufbauprogramm folgen wird und kann. Es fehlt vor allem am erforderlichen Humankapital. Unter anderem „Corona“ hat – aus welchen Gründen auch immer – zu viele verängstigte, mutlose und zunehmend kranke, also körperlich geschwächte „Untertanen“ hinterlassen, die statt Aufbruchsstimmung Lethargie und Initiativlosigkeit zeigen. In Deutschland werden diesen nun noch immer größere Teile ihrer Ersparnisse und damit ihres zukünftigen Wohlstandes genommen. Man denke nur an die inzwischen höchsten Strompreise der Welt und die inflationsbedingt stark steigenden Lebensmittelpreise.

Schon bald dürfte deshalb – wie von den Deutsche Bank-Ökonomen angekündigt – ein Einbruch der Finanzmärkte so manche Reichtums-Illusion beenden. Und bereits jetzt ist ebenfalls absehbar, daß der „Great Reset“ auf jeden Fall eine neue Welle der Arbeitslosigkeit auslösen wird. Fehlen wird es dagegen an neuen und jungen Unternehmern, die für eine neue wirtschaftliche Dynamik und Arbeitsplätze sorgen könnten. Aus der von den Deutsche Bank-Ökonomen befürchteten Entwicklung auf den Kapitalmärkten wird sich diese überaus pessimistische Zukunftserwartung vielleicht schon bald problemlos ablesen lassen. (eh)

12 „Schlachtfeld Ukraine“

Während Russlands Präsident Wladimir Putin unablässig von einem „Präventivschlag“ oder einer „militärischen Spezialoperation“ spricht, ist für die westliche Welt vollkommen klar, daß es sich um einen „Angriffskrieg“ handelt. Doch wer hat nun recht oder wer lügt – oder lügen etwa beide und die Wahrheit liegt dazwischen? Schließlich wird laut Otto von Bismarck nie so viel gelogen wie „vor der Wahl, im Krieg und nach der Jagd“. Der Versuch, diesen Konflikt unaufgeregt und rein sachlich zu analysieren und angebliche „Gewissheiten“ fernab der sicherlich beiderseitigen Propaganda zu hinterfragen, ist überfällig.

Der kritische Autor Michael Grandt hat sich jetzt an diese gewiß schwierige Aufgabe herangewagt, an deren Ende für den Autor auch die Gefahr besteht, von den Anhängern beider „Lager“ beschimpft zu werden. Tatsächlich gibt Grandt auf viele Fragen durchaus überraschende Antworten. Er präsentiert spannende Fakten und verstörende Details, die hierzulande entweder gar nicht bekannt sind oder (bewußt?) verschwiegen werden. Dabei blieb Grandt um strikte Neutralität bemüht, denn seine Analyse sollte nicht zu einer einseitigen Bewertung oder gar Parteinahme führen!

Die neue Broschüre **„Schlachtfeld Ukraine“** (94 Seiten) kann ab sofort für 7,90 € zzgl. 2,95 € Versandkostenpauschale (versandkostenfrei im Inland ab einem Warenbestellwert von 40,- €) über unseren Buchdienst in Hoya angefordert werden. Bitte, richten Sie Ihre Bestellung an: Verlag Arbeit und Wirtschaft OHG, Postfach 1251, D-27315 Hoya/Weser, Tel.: 0 42 51/5 61, Fax: 0 42 51/30 70, E-Mail: buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de. Oder besuchen Sie uns im Internet unter www.wunschbuecher.de, wo wir diese Broschüre und vieles Weitere gerne für Sie bereithalten. (tb)

13 Tschechische Republik verschärft ihre Flüchtlingspolitik

Aufgrund eines hohen Zustroms von Roma mit ungarisch-ukrainischer Doppelstaatsbürgerschaft möchte das tschechische Innenministerium nur noch denjenigen Kriegsflüchtlings unter ihnen Hilfe gewähren, die tatsächlich aus der Ukraine und nicht aus Ungarn stammen. Nachdem Ungarns Regierung im Jahr 2011 außerhalb des Landes lebenden, ethnischen Ungarn die Annahme einer zweiten Staatsbürgerschaft deutlich erleichtert hatte, machten bis jetzt mehr als 600 000 Personen von diesem Angebot Gebrauch. Die meisten von ihnen stammen aus Rumänien, Serbien, der Slowakei und eben aus der Ukraine. (tb)

14 Für Sie aufgelesen:

„Der Optimist irrt genau so oft wie der Pessimist. Aber er hat mehr Spaß dabei.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.